

Allgemeine Geschäftsbedingungen PFISTERER-Gruppe

General Terms and Conditions of Sale PFISTERER Group

Inhalt/Contents:

Seite/page 1 – 4:	AGB Globale Kunden (außer Deutschland)
Seite/page 5 – 8:	GTC Global customers (except Germany)
Seite/page 9 – 12:	AGB Kunden aus Deutschland
Seite/page 13 – 16:	GTC German customers

Allgemeine Geschäftsbedingungen PFISTERER-Gruppe GLOBALE KUNDEN (außer Deutschland) (Stand: 15. Februar 2017)

I. Begriffsbestimmungen:

Lieferer: das Unternehmen der PFISTERER-Gruppe, welches dem Besteller Waren liefert und/oder Leistungen erbringt

Besteller: die Partei, die Waren und/oder Leistungen beim Lieferer bestellt

Partei: Lieferer oder Besteller

Schriftlich: auch per Email oder Fax

II. Allgemeine Bestimmungen

1. Auf Lieferungen und Leistungen des Lieferers sind nur die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen anwendbar. Allgemeine Bedingungen des Bestellers sind nur wirksam, wenn der Lieferer diesen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Ergänzend gelten die Incoterms der Internationalen Handelskammer (Paris) in der jeweils aktuellen Fassung

2. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten in ihrer jeweils aktuellen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge über die Lieferung beweglicher Sachen und/oder Erbringung von Dienstleistungen mit demselben Besteller, ohne dass in jedem Einzelfall wieder auf sie hingewiesen wird. Über Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird der Lieferer den Besteller informieren.

III. Angebot und Vertragsabschluss

1. Die Angebote des Lieferers erfolgen freibleibend und unverbindlich.

2. Bestellungen des Bestellers gelten als verbindliche Vertragsangebote. Diese Vertragsangebote gelten dann als entgegengenommen, wenn der Lieferer sie ausdrücklich bestätigt hat oder mit der für den Besteller sichtbaren Ausführung der Bestellung beginnt.

3. Telefonische oder mündliche Ergänzungen, Abänderungen oder Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung des Lieferers. Dies gilt auch für die Abänderung der Schriftform.

IV. Umfang der Lieferungen und Leistungen

1. Schutzvorrichtungen werden grundsätzlich nur mitgeliefert, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben oder ausdrücklich vereinbart ist.

2. Maße, Gewichte, Abbildungen und Zeichnungen sind für die Ausführungen nur verbindlich, wenn dies ausdrücklich schriftlich bestätigt wird.

3. Mitteilungen über technische Werte informieren ausschließlich über die Beschaffenheit der Sache; sie stellen keine Beschaffenheitsgarantie dar.

4. Prospekte und Kataloge sind mangels abweichender Vereinbarung nicht verbindlich.

5. Der Lieferer ist berechtigt, Änderungen des Produkts, die zu Verbesserungen führen, laufend vorzunehmen.

6. Bruttogewicht und Kistenmaße sind angenähert, aber unverbindlich.

7. An Kostenvorschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen behält sich der Lieferer Eigentums- und urheberrechtliche Verwertungsrechte uneingeschränkt vor; sie dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden. Zu Angeboten gehörige Zeichnungen und deren Unterlagen sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

8. Teillieferungen sind zulässig.

V. Verpackung, Preise und Zahlung

1. Die Preise gelten mangels besonderer Vereinbarungen ab Werk ausschließlich Verpackung, Lieferungs- und Zollkosten. Zu den Preisen kommt die Mehrwertsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe hinzu.

Preisangebote sind für Nachbestellungen nicht verbindlich.

2. Sollten zwischen dem Vertragsabschluss und dem Gefahrenübergang einschneidende Material- und Lohnpreissteigerungen eintreten, so behält sich der Lieferer vor, eine angemessene Preiserhöhung vorzunehmen.

3. Zahlungen haben sofort bei Fälligkeit und in der effektiven in der Rechnung festgehaltenen Währung zu erfolgen. Zahlungen sind frei Zahlstelle des Lieferers zu leisten.

Ist Zahlung mittels Akkreditiv vereinbart, so trägt der Besteller die Kosten der Eröffnung, Avisierung und Bestätigung.

4. Wechsel werden grundsätzlich nicht akzeptiert; Ausnahmen bedürfen der vorherigen schriftlichen Vereinbarung.

5. Die Annahme von Wechseln und Schecks erfolgt nur zahlungshalber; die Kosten der Diskontierung und der Einziehung trägt der Besteller. Der Lieferer haftet nicht für nicht rechtzeitig vorgezeigte Wechsel oder versäumte Aufnahme eines Protests.

6. Rechnungen sind zahlbar innerhalb 30 Tagen netto ab Erhalt einer Rechnung. Maßgeblich für die Fristberechnung ist der Tag der Guthschrift des Zahlungsbetrages auf einem der Konten des Lieferers. Bei Scheckzahlungen gilt das Datum des Scheckeingangs als Zahlungstag.

7. Mit Ablauf vorstehender Zahlungsfrist gerät der Besteller in Zahlungsverzug und der Lieferer kann Verzugszinsen sowie einen etwa weitergehenden Verzugsschaden geltend machen. Bei Zahlungsverzug des Bestellers ist der Lieferer berechtigt, Verzugszinsen in der gesetzlichen Höhe zu fordern.

8. Der Besteller ist nicht berechtigt, Zahlungen wegen Beanstandungen, vom Lieferer nicht schriftlich anerkannter Gegenansprüche zurückzuhalten. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

9. Bei begründeten Zweifeln an der Zahlungsfähigkeit des Bestellers behält sich der Lieferer vor, Vorauszahlungen oder Sicherheitsleistungen zu verlangen. Entsprechende gesetzliche Rechte bleiben hiervon unberührt.

VI. Lieferzeit

1. Die Lieferzeit wird in Kalendertagen angegeben.

2. Die Einhaltung der Fristen für Lieferungen setzt voraus, dass der Besteller die zu liefernden Unterlagen, die erforderlichen Genehmigungen, Freigaben und Genehmigungen der Pläne rechtzeitig beibringt sowie eine gegebenenfalls vereinbarte Anzahlung fristgemäß vorher leistet und sonstige Verpflichtungen erfüllt. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so wird die Lieferzeit angemessen verlängert.

3. Sofern nicht anderweitig schriftlich vereinbart, ist der Besteller nicht berechtigt, den Auftrag nachträglich zu ändern. Ändert der Besteller entsprechend einer Vereinbarung den Auftrag nachträglich, so verlängert sich die Lieferzeit jeweils angemessen.

4. Lieferungen erfolgen, sofern nicht anders vereinbart, EXW Werk des Lieferers (Incoterms 2010). Die Lieferzeit ist eingehalten, wenn bis zu ihrem Ablauf der Liefergegenstand das Werk verlassen hat oder die Versandbereitschaft mitgeteilt ist.

5. Die Lieferfrist verlängert sich angemessen, wenn die Nichteinhaltung der Lieferfrist auf:

- höhere Gewalt, z. B. Krieg, Terrorakte, Aufruhr, Streik, Aussperrung
- Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System des Lieferers, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgten,

- Hindernisse aufgrund von anwendbaren nationalen (insbesondere deutschen, schweizerischen oder US-amerikanischen), EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts
- nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsgemäße Belieferung des Lieferers
- Energie- und/oder Rohstoffmangel
- Schwierigkeiten bei der Transportmittelbeschaffung
- behördliche Verfügungen

oder auf sonstige unvorhergesehene Hindernisse, die vom Lieferer nicht zu vertreten sind, zurückzuführen ist.

Dies gilt auch, wenn die Umstände bei Untertiernehmern oder Subunternehmern eintreten. Entsprechendes gilt bei einer nicht rechtzeitigen Selbstbelieferung durch Zulieferer des Lieferers, wenn der Lieferer ein kongruentes Deckungsgeschäft abgeschlossen hat und der Lieferer im Einzelfall nicht zur Beschaffung verpflichtet ist. Die vorbezeichneten Umstände sind vom Lieferer auch dann nicht zu vertreten, wenn sie während eines bereits vorliegenden Verzuges entstehen.

In diesen Fällen kann der Besteller weder auf die Lieferung verzichten, noch vom Vertrag zurücktreten, noch Schadenersatz bzw. Ersatz sonstiger Aufwendungen und Kosten – gleich aus welchem Rechtsgrund – beanspruchen.

Beginn und Ende derartiger Hindernisse wird der Lieferer dem Besteller baldmöglichst mitteilen.

6. Wenn dem Besteller wegen einer Verzögerung, die infolge eines Verschuldens des Lieferers entstanden ist, unter den gesetzlichen Voraussetzungen ein Schadenersatz bzw. Ersatz von Aufwendungen und sonstigen Kosten zusteht, so ist er unter Ausschluss weiterer Ansprüche berechtigt, eine Verzugsentschädigung zu fordern. Sie beträgt für jede volle Woche der Verspätung 0,5%, im Ganzen aber höchstens 5% vom Wert desjenigen Teils der Gesamtlieferung, die infolge der Verspätung nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgemäß benutzt werden kann. Dem Lieferer bleibt jedoch der Nachweis vorbehalten, dass dem Besteller gar kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Diese Ziffer VI Nr. 6. gilt jedoch nicht für die Fälle, für die eine Haftung des Lieferers nach Ziffer XI nicht beschränkt ist.

7. Befindet sich der Besteller im Annahmeverzug, so ist der Lieferer berechtigt:

- die dem Lieferer ab dem Annahmeverzug entstehenden Lagerkosten in Rechnung zu stellen. Bei Lagerung im Werk des Lieferers gilt hierfür eine Kostenpauschale von 0,125% des Rechnungsbetrags für jede angefangene Woche, es sei denn der Besteller kann nachweisen, dass dem Lieferer ein geringerer Schaden entstanden ist;
- dem Besteller eine angemessene Frist setzen, innerhalb derer er die Ware anzunehmen hat. Tut er dies nicht, kann der Lieferer anderweitig über die Ware verfügen. Wenn eine Lieferfrist vereinbart war, tritt an deren Stelle eine neu zu vereinbarende angemessene Lieferfrist.

Die sonstigen gesetzlichen Rechte des Lieferers bleiben unberührt.

8. Die Einhaltung der Lieferfrist setzt die Erfüllung der Vertragspflichten des Bestellers voraus.

VII. Gefahrenübergang und Entgegennahme

1. Die Gefahr geht spätestens mit der Absendung ab Werk auf den Besteller über, und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Lieferer noch andere Leistungen, z. B. die Versandkosten oder Anfuhr und Aufstellung übernommen hat.

2. Verzögert sich der Versand infolge von Umständen, die der Besteller zu vertreten hat, so geht die Gefahr vom Tage der Versandbereitschaft auf den Besteller über.

3. Angelieferte Gegenstände sind, auch wenn sie unwesentliche Mängel aufweisen, vom Besteller unbeschadet der Gewährleistungsrechte entgegenzunehmen.

VIII. Aufstellung und Montage

Für jede Art von Aufstellung und Montage gelten diese Lieferbedingungen entsprechend, soweit nicht die separaten Montagebedingungen des Lieferers etwas anderes bestimmen.

IX. Mängel der Lieferung und Leistung

1. Der Besteller hat die empfangene Ware unverzüglich nach Eintreffen auf Mängel und sonstige Beschaffenheiten zu untersuchen. Offensichtliche Mängel der Lieferung hat er dem Lieferer unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Lieferung, versteckte Mängel spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Entdeckung, schriftlich zu melden. Andernfalls gilt die Lieferung als genehmigt.

2. Die Gewährleistungsfrist beträgt 12 Monate ab Lieferung gemäß Ziffer VI Nr. 4. Für nachgebesserte oder ersetzte Teile der Lieferungen beginnt die Gewährleistungsfrist neu zu laufen und dauert 12 Monate ab Mangelbehebung.

3. Der Besteller hat dem Lieferer Gelegenheit zur Prüfung der Beanstandung zu geben, insbesondere beschädigte Waren und ihre Verpackung zur Inspektion durch den Lieferer zur Verfügung zu stellen. Verweigert er dies, so ist der Lieferer von der Mängelhaftung befreit

4. Zugesicherte Eigenschaften/ Beschaffenheit sind nur die Eigenschaften/ Beschaffenheit, die in der Auftragsbestätigung ausdrücklich als solche bezeichnet sind. Die Zusicherung gilt bis zum Ablauf der Gewährleistungsfrist. Sind die zugesicherten Eigenschaften nicht oder nur teilweise erfüllt, so hat der Besteller zunächst einzig Anspruch auf Nachbesserung durch den Lieferer. Der Besteller hat dem Lieferer hierzu ausreichende Gelegenheit zu geben.

5. Erweisen sich Teile der Lieferungen infolge schlechten Materials, fehlerhafter Konstruktion oder mangelhafter Ausführung vor Ablauf der Gewährleistungsfrist nachweislich als schadhaft oder unbrauchbar, so wird der Lieferer auf schriftliche Aufforderung des Bestellers diese Teile innerhalb einer angemessenen Frist nachbessern, sofern der Besteller dem Lieferer die Mängel während der Gewährleistungsfrist unverzüglich nach Entdeckung schriftlich angezeigt hat. Der Besteller hat dem Lieferer hierzu ausreichende Gelegenheit zu geben. Ersetzte Waren werden Eigentum des Lieferers und sind an diesen zurückzugeben.

6. Der Lieferer trägt die in seinem Werk anfallenden Kosten der Nachbesserung. Erfolgt die Nachbesserung auf Verlangen des Bestellers außerhalb des Werkes, so gehen die dadurch verursachten Kosten, wie z.B. Transportkosten, Arbeitskosten, Reise- und Aufenthaltskosten, Ein- und Ausbauskosten sowie außerhalb des Landes, in dem der Lieferer seinen Sitz hat, anfallende Steuern, Abgaben und Gebühren, zu Lasten des Bestellers. Notwendige Montage- und Reisekosten, die im Zusammenhang mit unberechtigten Mängelrügen entstehen, hat der Besteller zu bezahlen.

7. Bei Geräten und Arbeitsmitteln, die nicht den VDE-Vorschriften oder sonstigen Bestimmungen entsprechen, die der Lieferer auf besonderen Wunsch des Bestellers fertigt, haftet der Lieferer nicht.

8. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der ggf. vereinbarten oder üblichen Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit oder Schäden bzw. Mängeln, die durch natürliche Abnutzung, Einsatz unter Nichtbeachtung der Bedienungsanleitungen des Lieferers (insbesondere, jedoch ohne Beschränkung, des Hinweises, dass HV-Produkte durch zertifizierte Monteure montiert werden müssen, welche ein gültiges PFISTERER-Montagezertifikat besitzen), ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, übermäßige Beanspruchung, ungeeignete Betriebsmittel, mangelhafte Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrund, fehlerhafte Montage oder Inbetriebsetzung durch den Besteller oder Dritte, nachträgliche Veränderung durch den Besteller oder Dritte, nicht reproduzierbare Softwarefehler, chemische, elektrochemische elektrische Einflüsse oder sonstige äußere Einflüsse, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind.

9. Hinsichtlich der Haftung gilt Ziffer XI entsprechend.

10. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückbehalten, wenn eine schriftliche Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn die Gewährleistungsfrist abgelaufen ist. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu bekommen.

X. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel

1. Der Lieferer ist nur verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten (Patenten, Gebrauchsmustern, Designs, Urheberrechten, Datenbankrechten, Rechten an Marken, Markennamen, Erfindungsmeldungen) Dritter (im Folgenden: IP-Rechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von IP-Rechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Ziff. IX Nr. 2. bestimmten Frist wie folgt:

a) der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das IP-Recht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu;

b) die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Ziff. XI.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer IP-Rechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen der Ziff. IX Nr. 3 und 8 entsprechend.

5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen der Ziff. IX entsprechend.

6. Weitergehende oder andere als die in diesem Artikel geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungshelfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

XI. Haftung

1. Sämtliche Ansprüche auf Ersatz von Schäden, Aufwendungen und sonstigen Kosten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag oder dessen nicht gehöriger Erfüllung ist beschränkt auf 50% des für die einzelne Bestellung, innerhalb welcher sich der Mangel gezeigt hat, bezahlten Preises. Insgesamt ist die Haftung des Lieferers beschränkt auf den vom Besteller bezahlten Preis für die ausgeführten Lieferungen.

Sämtliche Ansprüche des Bestellers auf Ersatz von Schäden, Aufwendungen und Kosten, die nicht an den Lieferungen entstanden sind, wie z.B. aber nicht beschränkt auf Ersatz von Produktionsausfall, Nutzungsverlust, Verlust von Aufträgen, entgangenen Gewinn, Ansprüche Dritter oder auf Ersatz von indirekten und Folgeschäden, gleichgültig aus welchem Rechtsgrund, sind ausgeschlossen.

2. Für Hilfspersonen des Lieferers wird die Haftung ganz ausgeschlossen

3. Die Ansprüche des Bestellers aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag oder dessen nicht gehöriger Erfüllung sind in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausdrücklich und abschließend geregelt. Andere und darüber hinausgehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

4. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht im Falle von grober Fahrlässigkeit oder rechtswidriger Absicht des Lieferers. Für die Haftung von Hilfspersonen gilt jedoch Ziffer 2.

XII. Rechte auf Rücktritt und Vertragsauflösung

1. Wird dem Lieferer nach Abschluss des Kaufvertrages bekannt, dass beim Besteller fruchtlos gepfändet worden ist oder erhält der Lieferer andere gleichgewichtige Hinweise auf den Vermögensverfall des Bestellers, so kann der Lieferer Sicherheit für die Gegenleistung verlangen oder unter Anrechnung der vom Lieferer gemachten Aufwendungen vom Vertrag zurücktreten. Sonstige gesetzliche Rechte bleiben unberührt.

2. Treten unvorhergesehene Ereignisse ein, welche die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferungen oder Leistungen erheblich verändern oder auf die Vertragserfüllung durch den Lieferer erheblich einwirken, oder erweist sich die Ausführung der Lieferung/Leistung nachträglich als ganz oder teilweise unmöglich, so wird der Vertrag angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zur Auflösung des Vertrages oder der betroffenen Vertragsteile zu. Beabsichtigt der Lieferer eine Vertragsauflösung, so hat sie dies nach Beurteilung der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen – und zwar auch dann, wenn zunächst eine Verlängerung der Lieferfrist vereinbart wurde. Im Falle einer Vertragsauflösung hat der Lieferer Anspruch auf Vergütung für die erbrachten Lieferungen/Leistungen. Ansprüche des Bestellers auf Schadens-, Aufwendungs- oder Kostenersatz sind in diesem Fall ausgeschlossen.

3. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht zweckdienlich verwendet werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

XIII. Eigentumsvorbehalt

1. Der Lieferer behält sich das Eigentum an allen von ihm gelieferten Gegenständen bis zur vollständigen Bezahlung aller aus der Geschäftsverbindung entstandenen Forderungen vor.

2. Der Besteller ist zur Weiterveräußerung im gewöhnlichen Geschäftsgang berechtigt. Der Besteller tritt für den Fall der Weiterveräußerung der Ware schon jetzt sämtliche Ansprüche gegen den Erwerber an den Lieferer ab. Der Lieferer nimmt diese Abtretungen an. Wird die Vorbehaltsware zusammen mit anderen Gegenständen weiterveräußert, ohne das für die Vorbehaltsware ein Einzelpreis vereinbart wurde, so tritt der Besteller denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung an den Lieferer ab, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.

3. Erfolgt die Zahlung durch Scheck oder Wechsel, so behält sich der Lieferer das Eigentum an dem Liefergegenstand bis zur Einlösung des Schecks vor oder bis zum Erlöschen der Haftung des Lieferers aus dem Wechsel einschließlich eines Wechselbereicherungsanspruchs.

4. Verpfändung oder Sicherungsübereignung ist während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts unzulässig, im Falle einer Pfändung, Beschlagnahme oder sonstiger Verfügungen bzw. Eingriffe durch Dritte ist der Lieferer hiervon unverzüglich zu benachrichtigen. Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Besteller dem Lieferer unverzüglich die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen den Dritten erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.

5. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts sowie die Pfändung des Liefergegenstands durch den Lieferer gelten nicht als Rücktritt vom Vertrag.

6. Der Lieferer verpflichtet sich, auf Verlangen des Bestellers die dem Lieferer nach Nr. 1 und Nr. 2 zustehenden Sicherheiten insoweit freizugeben, als ihr realisierbarer Wert die zu sichernden Forderungen um 20% übersteigt. Der Lieferer steht bei der Freigabe die Wahl zwischen verschiedenen Sicherungsrechten zu.

7. Bei Zahlungsverzug ist der Besteller, auch ohne dass der Lieferer vom Vertrag zurücktritt, zur Herausgabe der unter Eigentumsvorbehalt stehenden Ware verpflichtet. Für diesen Fall gestattet der Besteller dem Lieferer hiermit unwiderruflich, die Vorbehaltsware sofort abzuholen und seine Geschäfts- und Lagerräume zu diesem Zweck ungehindert zu betreten. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts sowie die Pfändung der Vorbehaltsware durch den Lieferer gelten nicht als Rücktritt vom Vertrag. Nach Rücknahme der Vorbehaltsware ist der Lieferer zu deren freihändiger Verwertung berechtigt. Der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeit des Bestellers abzüglich angemessener Verwertungskosten anzurechnen.

XIV. Erfüllungsvorbehalt

1. Die Vertragserfüllung steht unter dem Vorbehalt, dass keine Hindernisse aufgrund von anwendbaren nationalen (insbesondere deutschen, schweizerischen oder US-amerikanischen), EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts sowie keine Embargos oder sonstige Sanktionen entgegenstehen.

2. Der Besteller ist verpflichtet, alle Informationen und Unterlagen beizubringen, die für die Ausfuhr, Verbringung bzw. Einfuhr benötigt werden.

XV. Gerichtsstand

Alleiniger – auch internationaler - Gerichtsstand ist, der Sitz des Lieferers. Der Lieferer ist jedoch berechtigt, den Besteller auch an seinem allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.

XVI. Rechtsstatut

Die Parteien vereinbaren ausdrücklich, dass der Vertrag dem Schweizer Recht unterliegt. Die Anwendung des UN-Übereinkommens vom 11.4.1980 über Verträge über den internationalen Warenverkauf (CISG) ist allerdings ausgeschlossen.

XVII. Teilnichtigkeit

Sollte eine der Bestimmungen ganz oder teilweise unwirksam sein, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht.

PFISTERER Group
General Terms and Conditions of Sale
GLOBAL CUSTOMERS (except Germany)
(Rev. Date: February 15, 2017)

I. Definitions:

Supplier: the PFISTERER Group company providing goods and/or Services to Customer

Customer: the party ordering goods and/or Services from the Supplier

Party: Supplier or Customer

Written form or writing: also via email or fax (text form)

II. General provisions:

1. For deliveries of goods and provision of services by the Supplier, the following General Terms and Conditions shall apply exclusively. Any terms and conditions provided by the Customer which are different than or additional to these General Terms and Conditions are not binding, unless expressly accepted by the Supplier in writing. Additionally, the current Incoterms issued by the International Chamber of Commerce in Paris shall apply.

2. These General Terms and Conditions apply as amended from time to time for all future transactions between the parties regarding deliveries of goods and provision of services without the Supplier having to refer to these General Terms and Conditions in each individual case. The Supplier shall inform the Customer about any amendments to these General Terms and Conditions.

3. These Terms and Conditions have been drawn up in German. Any translation of these Terms and Conditions is for the convenience of the parties only and shall not be binding towards any party. If there is any conflict or ambiguity between the German language version and the other version(s), the German version shall prevail.

III. Offer and Conclusion of Contract

1. The Supplier's offers are subject to alterations and non-binding.

2. The Customer's orders shall be deemed binding offers to enter a contract. Such orders shall be deemed accepted if the Supplier has expressly confirmed them in writing or the performance of the order has apparently begun.

3. Amendments, modifications or any other agreements made orally or by telephone are only legally binding if confirmed by the Supplier in writing. This also applies to a waiver of this written form requirement.

IV. Scope of Delivery and Provision of Services

1. Protective devices will be only delivered if this has been expressly agreed or is required by mandatory statutory regulations.

2. Dimensions, weight, illustrations and drawings are only binding for the design of goods if this has been expressly confirmed in writing.

3. Technical data only provide a description of the goods; they do not include any legal warranties for product characteristics, whether express or implied.

4. Unless agreed otherwise, brochures and catalogues are not binding.

5. The Supplier may at any time modify the products for improvement purposes.

6. Gross weight and box dimensions are estimated only and not binding.

7. The Supplier herewith reserves any industrial property rights and/or copyrights pertaining to its cost estimates, drawings and other documents. Such documents shall not be made accessible to third parties without the Supplier's prior consent. Any drawings or documents being part of the Supplier's offers shall, upon request, be returned to the Supplier without undue delay if the contract is not awarded to the Supplier.

8. Partial deliveries are allowed.

V. Packaging, Pricing and Payment

1. Unless agreed otherwise, prices are ex works and excluding packaging; value added tax shall be added at the then applicable rate. Prices offered are not binding for reorders.

2. Should considerable increases in material and labor costs occur between the conclusion of contract and the transfer of risk, the Supplier reserves the right to adjust the prices adequately.

3. Payments shall be made immediately when due in the effective currency specified on the invoice. Payments shall be made to the Supplier's account without any deductions and free of transaction charges. If payment by letter of credit has been agreed upon, the Customer shall bear the costs of opening, notifying and confirming such letter.

4. Bills of exchange are generally not accepted, exceptions require prior written agreement.

5. Bills of exchange and cheques can only be accepted to facilitate payment; the costs of discounting and collection are borne by the Customer. The Supplier is not liable for any bills of exchange which are not presented in time or for any failure to have a bill of exchange protested.

6. Invoices are payable net within 30 days from the invoice date. The credit entry date on the Supplier's account is to be used as reference for determining the compliance with the above deadline. For payments by cheque, the date of the receipt of the cheque is considered to be the payment date.

7. If payment is not made within the deadline stipulated above, the Customer is deemed to be in default with payment. This entitles the Supplier to charge the applicable (statutory) interest for late payment and claim any additional damages resulting from the Customer's default.

8. The Customer is not entitled to retain payment due to counter-claims which have not been accepted by the Supplier. The Customer may only set off claims which are undisputed or non-appealable.

9. In case of reasonable doubt regarding the Customer's solvency, the Supplier reserves the right to demand an advance payment or an appropriate security. Applicable statutory provisions remain unaffected.

VI. Delivery Period and Place of Delivery

1. The delivery period shall be specified in calendar days

2. Times set for deliveries shall only be binding if all documents to be provided by the Customer, necessary permits and approvals, especially concerning plans, are received in time, if the Customer has made a possibly agreed advance payment and if it has fulfilled all other obligations of the Customer. If these conditions are not fulfilled in time, deadlines set shall be extended reasonably.

3. Unless agreed otherwise in writing, the Customer is not entitled to change the order after placement. If the parties agree on a change of the order, the delivery period will be extended reasonably.

4. Unless agreed otherwise, all deliveries are EXW relevant Supplier's plant (Incoterms 2010). The delivery period is observed when the goods being the subject matter of the order have left the factory or when the readiness for dispatch has been announced.

5. The delivery period shall be extended accordingly if the non-observance of the delivery period is due to:

- force majeure such as war, terror attacks, rebellion, strike, lockout
- virus attacks or other attacks on the Supplier's IT systems occurring despite appropriate protective measures
- legal hindrances attributable to applicable national (especially German, Swiss and US), EU or international rules of foreign trade law
- non-timely or incorrect delivery to the Supplier
- energy and/or raw material shortage
- difficulties with providing transport
- orders by authorities

or similar unforeseen circumstances for which the Supplier is not responsible.

This also applies if the circumstances occur at the Supplier's suppliers or subcontractors. The same applies in the event of a non-timely self-delivery by suppliers of the Supplier if the Supplier has concluded a congruent hedging transaction and is not obligated to procure in individual cases. The Supplier is also not responsible for the aforementioned circumstances if they occur during a delay that already exists. In such event, the Customer may neither withdraw from the contract, nor rescind the contract, nor claim damages or reimbursement of costs and expenses - regardless of their legal basis - incurred by the Customer. The Supplier will notify the Customer as soon as possible of the start and end of such obstacles.

6. If, under statutory requirements, the Customer is entitled to compensation due to a delay for which the Supplier is responsible, the Customer is entitled under the exclusion of further claims to demand compensation for delay as liquidated damages. For each full week of delay, the compensation for delay is 0.5%, in total, however, a maximum of 5% of the value of the part of the overall delivery that cannot be used in a timely manner or not in compliance with the contract due to the delay. However, the Supplier reserves the right to prove that the Customer suffered no loss at all or a significantly smaller loss. This Article VI. No. 6 does not apply in cases where the Supplier's liability is not excluded according to Article XI.

7. If the Customer is in arrears with acceptance, the Supplier is entitled

- to invoice the storage costs incurred by the Supplier from the delay in acceptance. In the event of storage at a plant of the Supplier, a lump-sum of 0.125% of the invoice amount applies for each week commenced unless the Customer can prove that the Supplier has incurred less damage;
- to set the Customer an appropriate deadline by which it has to accept the goods. If it does not do so, the Supplier can dispose over the goods otherwise. If a delivery deadline was agreed, this will be replaced by a new appropriate delivery deadline to be agreed.

Any further statutory rights of the Supplier shall remain unaffected.

8. Compliance with the delivery deadline/schedule requires the Customer to comply with its contractual obligations.

VII. Transfer of Risk and Acceptance of Delivery

1. The risk passes to the Customer at latest upon dispatch of the goods ex works. This applies also if the parties have agreed on partial delivery or further services or obligations by the Supplier, such as transportation or payment of shipment costs.

2. If the delivery is delayed due to circumstances for which the Customer is responsible, the risk passes to the Customer on the day, on which the relevant goods are ready for dispatch.

3. Delivered goods are to be accepted by the Customer even if they have minor quality defects. The Customer's remedies for quality defects shall remain unaffected.

VIII. Installation and Assembly

These General Terms and Conditions apply mutatis mutandis to any kind of installation or assembly services, unless the Supplier's separate Conditions of Installation and Assembly state otherwise.

IX. Quality Defects of Goods and Services

1. The Customer is obliged to inspect the goods for any defects or for compliance with the agreed product characteristics - if any - immediately upon delivery. The Customer is obliged to notify the Supplier in writing without undue delay, however not later than seven days after delivery, of any apparent defects. Notifications of latent defects must be given within seven days after discovery of such defects. If the Customer does not comply with the aforementioned conditions, the goods shall be deemed accepted.

2. The warranty period is 12 months from the date of delivery according to Article VI No. 4 above. The warranty period for repaired or replaced parts commences anew and is 12 months from repair or replacement.

3. The Customer is obliged to give the Supplier an opportunity to investigate the Customer's complaints, in particular to make the defective goods and their packaging available for inspection. Refusal to do so shall release the Supplier from liability for quality defects.

4. The Supplier does not guarantee any product values or product condition, unless such product characteristics have been expressly referred to as "guaranteed product values" or "guaranteed condition" in the order confirmation. Warranties for product values or product condition - if any - are valid until the expiry of the warranty period. If the guaranteed condition or the guaranteed product values are not achieved or only partially achieved, the Customer may initially only demand rectification (repair or replacement of the affected goods) by the Supplier. The Customer is obliged to give the Supplier the necessary time and opportunity to carry out any rectification works.

5. Upon written request by the Customer, the Supplier shall - at its discretion - repair or replace within a reasonable period of time any goods which are proved to be defective or unusable due to defective material, faulty design or poor workmanship before expiry of the warranty period, provided the Customer has notified the Supplier of such defects during the warranty period and immediately after discovery of the defects. The Customer shall give the Supplier sufficient opportunity to carry out rectification works. Replaced goods become Supplier's property and have to be returned to the Supplier.

6. The Supplier bears all the costs of rectification at its premises. If, at the Customer's request, the rectification is carried out outside the Supplier's premises, the Customer bears all related costs, such as costs of transportation, labor costs, travel and accommodation expenses, (dis-)assembly and installation costs as well as taxes, levies and fees incurred outside of the Supplier's country. Any necessary (dis-)assembly/installation costs or travel and accommodation expenses resulting from or connected to unjustified defect notifications shall be borne by the Customer.

7. The Supplier is not liable for defects of appliances and devices which do not comply with the VDE regulations and which are manufactured on the Customer's special request.

8. There shall be no claims based on defects in cases of insignificant deviations from the agreed quality, of only minor impairment of usability or in case of defects caused by natural wear and tear or resulting from non-observance of the Supplier's instructions (in particular, without limitation, the instruction that HV products need to be installed by certified jointers holding a valid PFISTERER installation certificate), unsuitable or improper use, faulty or negligent handling, excessive strain, unsuitable equipment, defective civil works, inappropriate foundation soil, inappropriate installation, assembly or commissioning by the Customer or third parties, modifications carried out by the Customer or third parties, on defects resulting from non-reproducible software errors, chemical, electrochemical, electrical or other external influences which are not assumed under the contract.

9. Claims for damages are governed by Article XI.

10. In the event of notification of a defect, the Customer may withhold payments to an amount that is in a reasonable proportion to the defect. The Customer, however, may withhold payments only if only if its notification of defect has been made in writing and it is justified and incontestable. The Customer has no right to withhold payments when the warranty period has expired. Unjustified notifications of defects shall entitle the Supplier to demand reimbursement of its expenses by the Customer.

X. Industrial Property Rights; Defects in Title

1. The Supplier shall provide the goods free from third parties' industrial property rights (patents, utility models, designs, copyrights, database rights, rights in trademarks, trade names, invention disclosures) (hereinafter referred to as "IP Rights") with respect to the country of the place of delivery only.

If a third party asserts a justified claim against the Customer based on an infringement of an IP Right by the supplies made by the Supplier and used in conformity with the contract, the Supplier shall be liable to

the Customer within the time period stipulated in Article IX No.2 as follows:

- a) The Supplier shall choose whether to acquire, at its own expense, the right to use the IP Rights with respect to the goods concerned or whether to modify the goods such that they no longer infringe the IP Rights or replace them. If this should be impossible for the Supplier under reasonable conditions, the Customer may rescind the contract or demand a price reduction pursuant to the applicable statutory provisions;
- b) The Supplier's liability for damages is governed by Article XI.
- c) The above obligations of the Supplier shall apply only if the Customer immediately notifies the Supplier of any such claim asserted by a third party in written form, does not concede the existence of an infringement to the third party, and leaves any protective measures and settlement negotiations to the Supplier's discretion. If the Customer stops using the goods in order to reduce the damage or for other good reason, it shall be obliged to point out to the third party that no acknowledgement of the alleged infringement may be inferred from the fact that the use has been discontinued.

2. The Customer's claims are excluded if it is responsible for the IP Right infringement.

3. The Customer's claims are also excluded if the IP Right infringement is caused by specifications made by the Customer, by a type of use not foreseeable by the Supplier or by the goods being modified by the Customer or being used together with products not provided by the Supplier.

4. Additionally, with respect to claims by the Customer according to No. 1a) above, Article IX Nos. 3, and 8 apply *mutatis mutandis* in the event of IP Rights infringement.

5. The provisions of Article IX apply *mutatis mutandis* to any other defects in title.

6. Any other claims of the Customer against the Supplier or its agents or any such claims exceeding the claims provided for in this Article X, based on a defect in title or IP Rights infringement, are excluded.

XI. Liability

1. The Supplier's liability for all claims by the Customer for damages or reimbursement of expenses or other costs arising out of or in connection with the contract or a breach thereof shall not exceed 50 % (in words: fifty percent) of the total net price per each individual case which gave rise to the claim and 100 % (in words: hundred percent) of the total net price in the aggregate.

All claims by the Customer for damages or reimbursement of expenses or other costs not affecting the goods and/or services provided by the Supplier, such as, but not limited to: loss of production, loss of use, loss of orders, loss of profit, claims by third parties, or claims for indirect or consequential damages are excluded, irrespective of the legal basis.

2. The liability for auxiliary persons of the Supplier is excluded.

3. Claims by the Customer arising out of or in connection with the contract or a breach thereof are expressly and exhaustively regulated by these Terms and Conditions. Other and further claims are excluded.

4. This limitation of liability shall not apply in the event of gross negligence or wilful intent by the Supplier. However, the liability for auxiliary persons is governed by No. 2 above.

XII. Rescission of Contract, Impossibility of Performance

1. If it comes to the Supplier's knowledge after conclusion of the purchase contract that an attempted seizure of the Customer's assets was unsuccessful or if the Supplier obtains information of equal concern that the Customer's assets have deteriorated, the Supplier is entitled

to demand securities or to rescind the contract and charge the Customer for the expenses the Supplier incurred.

Any further statutory rights of the Supplier remain unaffected.

2. Where unforeseen events substantially change the economic importance or the contents of the supplies or considerably affect the performance of contract by the Supplier, or if the performance of the contract shall become totally or partially impossible, the contract shall be adapted reasonably. To the extent this is not justifiable for economic reasons, the Supplier shall have the right to rescind the contract. If the Supplier intends to exercise its right to rescind the contract, it shall notify the Customer thereof without undue delay after having realized the repercussions of the event; this shall also apply even where an extension of the delivery period has previously been agreed with the Customer. Upon rescission of contract the Customer shall pay to the Supplier the value of the delivered goods and/or already provided services. The Customer's claims for damages or reimbursement of expenses and other costs incurred by the Customer are excluded.

3. To the extent that delivery is impossible, the Customer is entitled to claim damages, unless the Supplier is not responsible for the impossibility. The Customer's claim for damages is, however, limited to an amount of 10 % of the value of the part of the goods which, owing to the impossibility, cannot be put to the intended use. This limitation shall not apply in the case of liability based on intent, gross negligence, death or personal injury; this does not imply a change in the burden of proof to the detriment of the Customer. The Customer's right to rescind the contract shall remain unaffected.

XIII. Retention of Title

1. The Supplier retains title to all goods delivered until the full payment of the purchase price and all outstanding amounts resulting from the business relationship.

2. The Customer is entitled to resale in the usual course of business. For the event of further assignment of the goods, the Customer already now assigns all claims against the purchaser to the Supplier. The Supplier accepts these assignments. If the retained goods are sold on together with other items and no individual price has been agreed with respect to the retained goods, the Customer shall assign to the Supplier such fraction of the total price claim as is attributable to the price of the retained goods invoiced by the Supplier.

3. If payment is made by cheque or bill of exchange, the Supplier retains title to the goods until the cheque has been cashed or until the expiry of liability on the part of the Supplier arising from the bill of exchange including a claim to bill of exchange enrichment.

4. The pledging or assignment as security of goods subject to retention of title is not permitted; in the event of pledging, seizure or similar interventions by third parties, the Supplier is to be notified immediately. If a reasonable interest can be proven, the Customer shall, without undue delay, provide the Supplier with the information and/or documents necessary to assert the claims it has against third parties.

5. Neither the filing of retention of title nor the pledging of goods by the Supplier is deemed to be a rescission or termination of the contract.

6. The Supplier undertakes, at the Customer's request, to release the securities to which the Supplier is entitled pursuant to clauses XIII.1 and XIII.2 if their realizable value exceeds the receivables to be secured by 20 %. The Supplier shall be entitled to choose which security interest it wishes to release.

7. In the event of default in payment, the Customer is obliged to surrender the goods subject to retention of title, even if the Supplier does not rescind or terminate the contract. For this case, the Customer hereby permits the Supplier irrevocably to collect the goods under retention of title immediately and to enter its business and warehouse premises without hindrance for this purpose. After taking back the goods under retention of title, the Supplier is entitled to utilize them as it so wishes. The proceeds from utilization shall be credited to the liability of the Customer less appropriate utilization costs.

XIV. Conditional Performance

1. The performance of this contract is conditional upon that no hindrances attributable to applicable national (especially German, Swiss or US), EU or international rules of foreign trade law or any embargos or other sanctions exist.

2. The Customer shall provide any information and documents required for export, shipment and import purposes.

XV. Jurisdiction and Venue

The sole jurisdiction and venue for all disputes arising directly or indirectly out of the contract shall be the Supplier's place of business. This also applies for international transactions. However, the Supplier may also bring an action at the Customer's place of business.

XVI. Applicable Law

The parties expressly agree that the contract is subject to Swiss law. However, the application of the Convention on Contracts for the International Sale of Goods dated April 11, 1980 (CISG) is excluded.

XVII. Severability

The legal invalidity of one or more provisions of these Terms and Conditions in no way affects the validity of the remaining provisions.

Allgemeine Geschäftsbedingungen PFISTERER-Gruppe NUR KUNDEN AUS DEUTSCHLAND (Stand: 15. Februar 2017)

I. Begriffsbestimmungen:

Lieferer: das Unternehmen der PFISTERER-Gruppe, welches dem Besteller Waren liefert und/oder Leistungen erbringt

Besteller: die Partei, die Waren und/oder Leistungen beim Lieferer bestellt

Partei: Lieferer oder Besteller

Schriftlich: auch per Email oder Fax (Textform)

II. Allgemeine Bestimmungen

1. Für die Lieferungen und Leistungen durch den Lieferer gelten nur die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen, soweit der Lieferer sich im Einzelfall nicht schriftlich mit deren Abänderung einverstanden erklärt. Von diesen Geschäftsbedingungen abweichende oder sie ergänzende Bedingungen des Bestellers sind nur wirksam, wenn der Lieferer ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Ergänzend gelten die Incoterms der Internationalen Handelskammer (Paris) in der jeweils aktuellen Fassung.

2. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten in ihrer jeweiligen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge über die Lieferung beweglicher Sachen und/oder Erbringung von Dienstleistungen mit demselben Besteller, ohne dass in jedem Einzelfall wieder auf sie hingewiesen wird; über Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird der Lieferer den Besteller informieren.

3. Teillieferungen sind zulässig, wenn diese für den Besteller nach dem Vertragszweck von Interesse sind und dem Besteller durch die Teillieferung kein erheblicher Mehraufwand entsteht.

III. Angebot und Vertragsabschluss

1. Die Angebote des Lieferers erfolgen freibleibend und unverbindlich.

2. Bestellungen des Bestellers gelten als verbindliche Vertragsangebote. Diese Vertragsangebote gelten dann als entgegengenommen, wenn der Lieferer sie ausdrücklich bestätigt hat oder mit der für den Besteller sichtbaren Ausführung der Bestellung beginnt.

3. Telefonische oder mündliche Ergänzungen, Abänderungen oder Nebenabreden bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Bestätigung des Lieferers. Dies gilt auch für die Abänderung der Schriftform.

IV. Umfang der Lieferungen und Leistungen

1. Schutzvorrichtungen werden grundsätzlich nur mitgeliefert, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben oder ausdrücklich vereinbart ist.

2. Maße, Gewichte, Abbildungen und Zeichnungen sind für die Ausführungen nur verbindlich, wenn dies ausdrücklich schriftlich bestätigt wird.

3. Mitteilungen über technische Werte informieren ausschließlich über die Beschaffenheit der Sache; sie stellen keine Beschaffenheitsgarantie dar.

4. Bruttogewicht und Kistenmaße sind angenähert, aber unverbindlich.

5. An Kostenvoranschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen behält sich der Lieferer Eigentums- und etwaige urheberrechtliche Verwertungsrechte uneingeschränkt vor; sie dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden. Zu Angeboten gehörige Zeichnungen und deren Unterlagen sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben.

V. Verpackung, Preise und Zahlung

1. Die Preise gelten, sofern nicht gesondert vereinbart, ab Werk einschließlich Verpackung. Zu den Preisen kommt die Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe hinzu.

2. Zahlungen sind, sofern nicht anders angegeben, frei Zahlstelle des Lieferers in EUR zu leisten.

3. Wechsel werden grundsätzlich nicht akzeptiert; Ausnahmen bedürfen der vorherigen schriftlichen Vereinbarung.

4. Die Annahme von Wechseln und Schecks erfolgt nur zahlungshalber; die Kosten der Diskontierung und der Einziehung trägt der Besteller. Der Lieferer haftet nicht für nicht rechtzeitig vorgezeigte Wechsel oder versäumte Aufnahme eines Protests.

5. Rechnungen sind zahlbar innerhalb 30 Tagen netto ab Erhalt einer Rechnung. Maßgeblich für die Fristberechnung ist der Tag der Gutsschrift des Zahlungsbetrages auf einem der Konten des Lieferers. Bei Scheckzahlungen gilt das Datum des Scheckeingangs als Zahlungstag.

6. Mit Ablauf der Zahlungsfrist gemäß vorstehender Ziffer 5 gerät der Besteller in Zahlungsverzug und der Lieferer kann Verzugszinsen sowie einen etwa weitergehenden Verzugschaden geltend machen. Bei Zahlungsverzug des Bestellers ist der Lieferer berechtigt, Verzugszinsen in der gesetzlichen Höhe zu fordern. Dies gilt nicht, soweit die Zahlung infolge eines Umstands unterbleibt, den der Besteller nicht zu vertreten hat.

7. Der Besteller ist nicht berechtigt, Zahlungen wegen vom Lieferer nicht anerkannter oder nicht rechtskräftig festgestellter Gegenansprüche zurückzuhalten. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

8. Bei begründeten Zweifeln an der Zahlungsfähigkeit des Bestellers behält sich der Lieferer vor, Vorauszahlungen oder Sicherheitsleistungen zu verlangen. Entsprechende gesetzliche Rechte bleiben hiervon unberührt.

VI. Lieferzeit, Lieferort

1. Die Lieferzeit wird in Kalendertagen angegeben.

2. Die Einhaltung der Fristen für Lieferungen setzt voraus, dass der Besteller die zu liefernden Unterlagen, die erforderlichen Genehmigungen, Freigaben und Genehmigungen der Pläne rechtzeitig beibringt sowie eine gegebenenfalls vereinbarte Anzahlung fristgemäß vorher leistet und sonstige Verpflichtungen erfüllt. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so wird die Lieferzeit angemessen verlängert. Dies gilt nicht wenn der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.

3. Sofern nicht anderweitig schriftlich vereinbart, ist der Besteller nicht berechtigt, den Auftrag nachträglich zu ändern. Ändert der Besteller entsprechend einer Vereinbarung den Auftrag nachträglich, so verlängert sich die Lieferzeit jeweils angemessen.

4. Lieferungen erfolgen, sofern nicht anders vereinbart, EXW Werk des Lieferers (Incoterms 2010). Die Lieferzeit ist eingehalten, wenn bis zu ihrem Ablauf der Liefergegenstand das Werk verlassen hat oder die Versandbereitschaft mitgeteilt ist. Sofern der Lieferer Installations- oder Montagearbeiten am Ort des Bestellers übernommen hat, schuldet der Lieferer jedoch abweichend hiervon die rechtzeitige Fertigstellung dieser Arbeiten und Übergabe an den Kunden zu dem vertraglich vereinbarten Termin.

5. Die Lieferfrist verlängert sich angemessen, wenn die Nichteinhaltung der Lieferfrist auf:

- höhere Gewalt, z. B. Krieg, Terrorakte, Aufruhr, Streik, Aussperrung
- Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System des Lieferers, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgten
- Hindernisse aufgrund von anwendbaren nationalen (insbesondere deutschen, schweizerischen oder US-amerikanischen), EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts
- nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsgemäße Belieferung des Lieferers
- Energie- und/oder Rohstoffmangel
- Insolvenz des Frachtführers und/oder aus Sicht eines ordentlichen Kaufmanns nicht vorhersehbare Kapazitätsengpässe bei Frachtführern.
- behördliche Verfügungen

oder auf sonstige unvorhergesehene Hindernisse, die vom Lieferer nicht zu vertreten sind, zurückzuführen ist. Dies gilt auch, wenn die Umstände bei Unterlieferern oder Subunternehmern eintreten. Entsprechendes gilt bei einer nicht rechtzeitigen Selbstbelieferung durch Zulieferer des Lieferers, wenn der Lieferer ein kongruentes Deckungsgeschäft abgeschlossen hat und der Lieferer im Einzelfall nicht zur Beschaffung verpflichtet ist. Die vorbezeichneten Umstände sind vom Lieferer auch dann nicht zu vertreten, wenn sie während eines bereits vorliegenden Verzuges entstehen. Beginn und Ende derartiger Hindernisse wird der Lieferer dem Besteller baldmöglichst mitteilen.

6. Wenn dem Besteller wegen einer Verzögerung, die infolge eines Verschuldens des Lieferers entstanden ist, unter den gesetzlichen Voraussetzungen ein Schadensersatz bzw. Ersatz von Aufwendungen und sonstigen Kosten zusteht, so ist er unter Ausschluss dieser gesetzlichen Ansprüche und weiterer Ansprüche berechtigt, eine pauschale Verzugsentschädigung zu fordern. Diese pauschale Verzugsentschädigung beträgt für jede volle Woche der Verspätung 0,5%, im Ganzen aber höchstens 5% vom Wert desjenigen Teils der Gesamtlieferung, die infolge der Verspätung nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgemäß benutzt werden kann. Dem Lieferer bleibt jedoch der Nachweis vorbehalten, dass dem Besteller gar kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Diese Ziffer VI 6. gilt jedoch nicht für die Fälle, für die eine Haftung des Lieferers nach Ziffer XI nicht beschränkt ist.

7. Befindet sich der Besteller im Annahmeverzug, so ist der Lieferer berechtigt:

- die dem Lieferer ab dem Annahmeverzug entstehenden Lagerkosten in Rechnung zu stellen. Bei Lagerung im Werk des Lieferers gilt hierfür eine Kostenpauschale von 0,125% des Rechnungsbetrags für jede angefangene Woche, es sei denn der Besteller kann nachweisen, dass dem Lieferer ein geringerer Schaden entstanden ist.
- dem Besteller eine angemessene Frist setzen, innerhalb der er die Ware anzunehmen hat. Tut er dies nicht, kann der Lieferer anderweitig über die Ware verfügen. Wenn eine Lieferfrist vereinbart war, tritt an deren Stelle eine neu zu vereinbarende angemessene Lieferfrist.

Die sonstigen gesetzlichen Rechte des Lieferers bleiben unberührt.

8. Die Einhaltung der Lieferfrist setzt die Erfüllung der Vertragspflichten des Bestellers voraus.

VII. Gefahrenübergang und Entgegennahme

1. Die Gefahr geht spätestens mit der Absendung ab Werk auf den Besteller über, und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Lieferer noch andere Leistungen, z. B. die Versandkosten oder Anfuhr und Aufstellung übernommen hat. Sofern der Lieferer nur die Versendung schuldet, geht die Gefahr der zufälligen Beschädigung oder des zufälligen Verlusts der Ware mit der Auslieferung der Ware an das Transportunternehmen auf den Besteller über. Hat der Lieferer dagegen auch Installations- und/oder Montagearbeiten am Ort des Kunden übernommen, geht die Gefahr mit deren Abschluss und der Übergabe an den Besteller über.

2. Verzögert sich der Versand infolge von Umständen, die der Besteller zu vertreten hat, so geht die Gefahr vom Tage der Versandbereitschaft auf den Besteller über.

3. Angelieferte Gegenstände sind, auch wenn sie unwesentliche Mängel aufweisen, vom Besteller unbeschadet der Gewährleistungsrechte entgegenzunehmen.

VIII. Aufstellung und Montage

Für jede Art von Aufstellung und Montage gelten diese Lieferbedingungen entsprechend, soweit nicht die separaten Montagebedingungen des Lieferers etwas anderes bestimmen.

IX. Mängel der Lieferung und Leistung

1. Der Besteller hat die empfangene Ware unverzüglich nach Eintreffen auf Mängel und sonstige Beschaffenheiten zu untersuchen. Offensichtliche Mängel der Lieferung hat er dem Lieferer unverzüg-

lich, spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Lieferung, versteckte Mängel spätestens innerhalb von sieben Tagen nach Entdeckung, schriftlich zu melden. Andernfalls gilt die Lieferung als genehmigt.

§ 377 HGB bleibt im Übrigen unberührt.

2. Zugesicherte Eigenschaften/Beschaffenheit sind nur die Eigenschaften/Beschaffenheit, die in der Auftragsbestätigung ausdrücklich als solche bezeichnet sind.

3. Der Besteller hat dem Lieferer Gelegenheit zur Prüfung der Beanstandung zu geben, insbesondere beschädigte Waren und ihre Verpackung zur Inspektion durch den Lieferer zur Verfügung zu stellen. Verweigert er dies, so ist der Lieferer von der Mängelhaftung befreit.

4. Dem Lieferer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren.

5. Verlangt der Besteller wegen eines Mangels Nacherfüllung, so wählt der Lieferer nach billigem Ermessen, ob er den Mangel selbst beseitigt oder mangelfreie Ware als Ersatz liefert. Ersetzte Ware ist an den Lieferer zurückzugeben. Wenn eine Nachbesserung oder Ersatzlieferung nicht möglich ist oder verweigert wird oder aus sonstigen, vom Lieferer zu vertretenden Gründen innerhalb einer vom Besteller bestimmten angemessenen Frist nicht erfolgt oder fehlschlägt, kann der Besteller – unbeschadet seiner weiteren Gewährleistungsrechte – nach seiner Wahl vom Vertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern.

6. Von den durch die Nachbesserung oder Ersatzlieferung entstehenden Kosten trägt der Lieferer – soweit sich die Beanstandung als berechtigt herausstellt – die Kosten des Ersatzstücks einschließlich des Versands sowie die angemessenen Kosten des Aus- und Einbaus. Weitere etwaige beim Besteller entstehende Kosten trägt dieser selbst. Notwendige Montage- und Reisekosten, die im Zusammenhang mit unberechtigten Mängelrügen entstehen, hat der Besteller zu bezahlen. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.

7. Rücktritts- und Schadensersatzansprüche wegen eines Sachmangels, soweit diese überhaupt bestehen, bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der ggf. vereinbarten oder üblichen Beschaffenheit sowie bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit.

8. Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht, wenn der Lieferer den Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit übernommen hat, sowie bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und im Falle einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferers.

9. Unbeschadet der vorstehenden Ziff. 7 und 8 verjähren sämtliche Mängelansprüche des Bestellers in einem Jahr nach Gefahrübergang bzw. Erbringung der Leistung. Für Ersatzstücke und die Ausbesserung beträgt die Verjährungsfrist zwölf Monate, sie läuft aber mindestens bis zum Ablauf der ursprünglichen Verjährungsfrist für den Liefergegenstand. Die Frist für die Mängelhaftung an dem Liefergegenstand wird um die Dauer der durch die Nachbesserungsarbeiten verursachten Betriebsunterbrechung verlängert. Die Regelungen dieses Absatzes gelten nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB (insbesondere Bauwerke und Sachen für Bauwerke, dinglichen Herausgabeansprüche Dritter), bei Arglist durch den Lieferer (nach § 438 Abs. 3 BGB), gemäß § 479 Abs. 1 BGB (Rückgriffsanspruch) oder gemäß § 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB (Bau-mängel) längere Fristen vorschreibt.

10. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückbehalten, wenn eine schriftliche Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zwei-

fel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu bekommen.

X. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel

1. Der Lieferer ist nur verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts gemäß Ziffer VI Nr. 4 frei von gewerblichen Schutzrechten (Patenten, Gebrauchsmustern, Designs, Urheberrechten, Datenbankrechten, Rechten an Marken, Markennamen, Erfindungsmeldungen) Dritter (im Folgenden: IP-Rechte) zu erbringen. Haben sich die Parteien darauf geeinigt, dass die Ware in einem bestimmten Land verwendet werden soll, gewährleistet der Lieferer lediglich, dass die Lieferung in diesem Land frei von IP-Rechten Dritter ist. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von IP-Rechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Ziff. IX 9. bestimmten Frist wie folgt:

a) der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das IP-Recht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.

b) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Ziff. XI.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung gegenüber dem Dritten nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkennnis einer IP-Rechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen der Ziff. IX Nr. 4 und 9 entsprechend.

5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen der Ziff. IX entsprechend.

6. Weitergehende oder andere als die in diesem Artikel X. geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

XI. Haftung

1. Schadensersatzansprüche sowie Ansprüche auf Ersatz der Aufwendungen und sonstiger Kosten des Bestellers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen.

Dies gilt nicht, soweit wie folgt gehaftet wird:

a) nach dem Produkthaftungsgesetz,
b) bei Vorsatz,
c) bei grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern oder Angestellten und/ oder sonstigen Erfüllungsgehilfen
d) bei Arglist,
e) bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie,
f) wegen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder
g) wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

"**Wesentliche Vertragspflichten**" sind Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst

ermöglicht und deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen kann.

Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht ein anderer der vorgenannten Fälle vorliegt.

2. Der Lieferer übernimmt keine Haftung für Geräten und Arbeitsmittel, die nicht den VDE-Vorschriften oder sonstigen Bestimmungen entsprechen und die der Lieferer auf besonderen Wunsch des Bestellers gefertigt hat.

Dies gilt nicht, soweit wie folgt gehaftet wird:

a) nach dem Produkthaftungsgesetz,
b) bei Vorsatz,
c) bei grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern, Angestellten und/oder sonstigen Erfüllungsgehilfen,
d) bei Arglist,
e) bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie,
f) wegen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder
g) wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht ein anderer der vorgenannten Fälle vorliegt.

3. Der Lieferer haftet nicht für Schäden, die durch natürliche Abnutzung, Einsatz unter Nichtbeachtung der Bedienungsanleitungen des Lieferers (insbesondere des Hinweises, dass HV-Produkte durch zertifizierte Monteure montiert werden müssen, welche ein gültiges PFISTERER-Montagezertifikat besitzen), ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, übermäßige Beanspruchung, ungeeignete Betriebsmittel, mangelhafte Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrund, fehlerhafte Montage oder Inbetriebsetzung durch den Besteller oder Dritte, nachträgliche Veränderung durch den Besteller oder Dritte, nicht reproduzierbare Softwarefehler, chemische, elektrochemische elektrische Einflüsse oder sonstige äußere Einflüsse, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, entstehen oder auf diese zurückzuführen sind.

4. Die Bestimmungen gemäß dieser Ziffer IX gelten entsprechend für direkte Ansprüche des Bestellers gegen die gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen des Lieferers.

5. Die Ansprüche des Bestellers aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag oder dessen Nicht- oder Schlechterfüllung sind in diesen Bedingungen ausdrücklich und abschließend geregelt. Andere und darüber hinausgehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

XII. Rechte auf Rücktritt, Unmöglichkeit

1. Wird dem Lieferer nach Abschluss des Kaufvertrages bekannt, dass beim Besteller fruchtlos gepfändet worden ist oder erhält der Lieferer andere gleichgewichtige Hinweise auf den Vermögensverfall des Bestellers, so kann der Lieferer Sicherheit für die Gegenleistung verlangen oder unter Anrechnung der vom Lieferer gemachten Aufwendungen vom Vertrag zurücktreten. Sonstige gesetzliche Rechte bleiben unberührt.

2. Treten unvorhergesehene und bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns unvorhersehbare Ereignisse ein, welche die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferungen oder Leistungen erheblich verändern oder auf die Vertragserfüllung durch den Lieferer erheblich einwirken, oder erweist sich die Ausführung der Lieferung/Leistung nachträglich als ganz oder teilweise unmöglich, so wird der Vertrag angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zur Auflösung des Vertrages oder der betroffenen Vertragsparteien zu. Beabsichtigt der Lieferer eine Vertragsauflösung, so hat er dies nach Beurteilung der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen – und zwar auch dann, wenn zunächst eine Verlängerung der Lieferfrist vereinbart wurde. Im Falle einer Vertragsauflösung hat der Lieferer Anspruch auf Vergütung für die erbrachten Lieferungen/Leistungen. Ansprüche des Bestellers auf Schadens-, Aufwendungs- oder Kostenersatz sind in diesem Fall ausgeschlossen.

3. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10 % des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht zweckdienlich verwendet werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

XIII. Eigentumsvorbehalt

1. Der Lieferer behält sich das Eigentum an allen von ihm gelieferten Gegenständen bis zur vollständigen Bezahlung aller aus der Geschäftsverbindung entstandenen Forderungen vor.
2. Der Besteller ist zur Weiterveräußerung im gewöhnlichen Geschäftsgang berechtigt. Der Besteller tritt für den Fall der Weiterübergang der Ware schon jetzt sämtliche Ansprüche gegen den Erwerber an den Lieferer ab. Der Lieferer nimmt diese Abtretungen an. Wird die Vorbehaltsware zusammen mit anderen Gegenständen weiterveräußert, ohne das für die Vorbehaltsware ein Einzelpreis vereinbart wurde, so tritt der Besteller denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung an den Lieferer ab, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.
3. Erfolgt die Zahlung durch Scheck oder Wechsel, so behält sich der Lieferer das Eigentum an dem Liefergegenstand bis zur Einlösung des Schecks vor oder bis zum Erlöschen der Haftung des Lieferers aus dem Wechsel einschließlich eines Wechselbereicherungsanspruchs.
4. Verpfändung oder Sicherungsübereignung ist während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts unzulässig, im Falle einer Pfändung, Beschlagnahme oder sonstiger Verfügungen bzw. Eingriffe durch Dritte ist der Lieferer hiervon unverzüglich zu benachrichtigen. Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Besteller dem Lieferer unverzüglich die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen den Dritten erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.
5. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts sowie die Pfändung des Liefergegenstands durch den Lieferer gelten nicht als Rücktritt vom Vertrag.
6. Der Lieferer verpflichtet sich, auf Verlangen des Bestellers die dem Lieferer nach Nr. 1 und Nr. 2 zustehenden Sicherheiten insoweit freizugeben, als ihr realisierbarer Wert die zu sichernden Forderungen um 10% übersteigt. Der Lieferer steht bei der Freigabe die Wahl zwischen verschiedenen Sicherungsrechten zu.
7. Bei Zahlungsverzug ist der Besteller, auch ohne dass der Lieferer vom Vertrag zurücktritt, zur Herausgabe der unter Eigentumsvorbehalt stehenden Ware verpflichtet. Für diesen Fall gestattet der Besteller dem Lieferer hiermit unwiderruflich, die Vorbehaltsware sofort abzuholen und seine Geschäfts- und Lagerräume zu diesem Zweck ungehindert zu betreten. Die Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts sowie die Pfändung der Vorbehaltsware durch den Lieferer gelten nicht als Rücktritt vom Vertrag. Nach Rücknahme der Vorbehaltsware ist der Lieferer zu deren freihändiger Verwertung berechtigt. Der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeit des Bestellers abzüglich angemessener Verwertungskosten anzurechnen.

XIV. Erfüllungsvorbehalt

1. Die Vertragserfüllung steht unter dem Vorbehalt, dass keine Hindernisse aufgrund von anwendbaren nationalen (insbesondere deutschen, schweizerischen oder US-amerikanischen), EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts sowie keine Embargos oder sonstige Sanktionen entgegenstehen.
2. Der Besteller ist verpflichtet, alle Informationen und Unterlagen beizubringen, die für die Ausfuhr, Verbringung bzw. Einfuhr benötigt werden.

XV. Gerichtsstand

Alleiniger – auch internationaler – Gerichtsstand ist, wenn der Besteller Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öf-

fentlich-rechtliches Sondervermögen ist, für alle aus dem Vertragsverhältnis sich mittelbar oder unmittelbar ergebenden Streitigkeiten, der Sitz des Lieferers. Der Lieferer ist jedoch berechtigt, den Besteller auch an seinem allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.

XVI. Rechtsstatut

Auf Verträge zwischen dem Anbieter und den Kunden findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Übereinkommens vom 11.4.1980 über Verträge über den internationalen Warenverkauf (CISG) Anwendung.

XVII. Teilnichtigkeit

Sollte eine der Bestimmung ganz oder teilweise unwirksam sein, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Dies gilt nicht, wenn das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde.

PFISTERER Group
General Terms and Conditions of Sale
GERMAN CUSTOMERS ONLY
(Rev. Date: February 15, 2017)

I. Definitions:

Supplier: the PFISTERER Group company providing goods and/or services to Customer

Customer: the party ordering goods and/or services from the Supplier

Party: Supplier or Customer

Written form or writing: also via email or fax (text form)

II. General provisions:

1. For deliveries of goods and provision of services by the Supplier, the following General Terms and Conditions shall apply exclusively, unless agreed on a modification in writing in individual cases. Any terms and conditions provided by the Customer which are different than or additional to these General Terms and Conditions are not binding, unless expressly accepted by the Supplier in writing. Additionally, the current Incoterms issued by the International Chamber of Commerce in Paris shall apply.

2. These General Terms and Conditions apply as amended from time to time for all future transactions between the parties regarding deliveries of goods and provision of services without the Supplier having to refer to these General Terms and Conditions in each individual case. The Supplier shall inform the Customer about any amendments to these General Terms and Conditions.

3. Partial deliveries are allowed, provided they are of interest to the Customer in accordance with the purpose of the contract and the partial delivery does not cause significant extra effort for the Customer.

4. These Terms and Conditions have been drawn up in German. Any translation of these Terms and Conditions is for the convenience of the parties only and shall not be binding towards any party. If there is any conflict or ambiguity between the German language version and the other version(s), the German version shall prevail.

III. Offer and Conclusion of Contract

1. The Supplier's offers are subject to alterations and non-binding.

2. The Customer's orders shall be deemed binding offers to enter a contract. Such orders shall be deemed accepted if the Supplier has expressly confirmed them in writing or the performance of the order has apparently begun.

3. Amendments, modifications or any other agreements made orally or by telephone are only legally binding if confirmed by the Supplier in writing. This also applies to a waiver of this written form requirement.

IV. Scope of Delivery and Provision of Services

1. Protective devices will be only delivered if this has been expressly agreed or is required by mandatory statutory regulations.

2. Dimensions, weight, illustrations and drawings are only binding for the design of goods if this has been expressly confirmed in writing.

3. Technical data only provide a description of the goods; they do not include any legal warranties for product characteristics, whether express or implied.

4. Gross weight and box dimensions are estimated only and not binding.

5. The Supplier herewith reserves any industrial property rights and/or (possible) copyrights pertaining to its cost estimates, drawings and other documents. Such documents shall not be made accessible to third parties without the Supplier's prior consent. Any drawings or documents being part of the Supplier's offers shall, upon request, be returned to the Supplier without undue delay if the contract is not awarded to the Supplier.

V. Packaging, Pricing and Payment

1. Unless agreed otherwise, prices are ex works and excluding packaging; value added tax shall be added at the then applicable rate.

2. Unless agreed otherwise, payments shall be made in EUR to the Supplier's account without any deductions and free of transaction charges.

3. Bills of exchange are generally not accepted, exceptions require prior written agreement.

4. Bills of exchange and cheques can only be accepted to facilitate payment; the costs of discounting and collection are borne by the Customer. The Supplier is not liable for any bills of exchange which are not presented in time or for any failure to have a bill of exchange protested.

5. Invoices are payable net within 30 days from the invoice date. The credit entry date on the Supplier's account is to be used as reference for determining the compliance with the above deadline. For payments by cheque, the date of the receipt of the cheque is considered to be the payment date.

6. If payment is not made within the deadline stipulated above in this Article V. No. 5, the Customer is deemed to be in default with payment. This entitles the Supplier to charge the applicable (statutory) interest for late payment and claim any additional damages resulting from the Customer's default. This shall not apply if the default is due to circumstances for which the Customer is not responsible.

7. The Customer is not entitled to retain payment due to counter-claims which have not been accepted by the Supplier or have not been established by a non-appealable court decision. The Customer may only set off claims which are undisputed or non-appealable.

8. In case of reasonable doubt regarding the Customer's solvency, the Supplier reserves the right to demand an advance payment or an appropriate security. Applicable statutory provisions remain unaffected.

VI. Delivery Period and Place of Delivery

1. The delivery period shall be specified in calendar days.

2. Times set for deliveries shall only be binding if all documents to be provided by the Customer, necessary permits and approvals, especially concerning plans, are received in time, if the Customer has made a possibly agreed advance payment and if it has fulfilled all other obligations of the Customer. If these conditions are not fulfilled in time, deadlines set shall be extended reasonably; this shall not apply if the Supplier is (solely) responsible for the delay.

3. Unless agreed otherwise in writing, the Customer is not entitled to change the order after placement. If the parties agree on a change of the order, the delivery period will be extended reasonably.

4. Unless agreed otherwise, all deliveries are EXW relevant Supplier's plant (Incoterms 2010). The delivery period is observed when the goods being the subject matter of the order have left the factory or when the readiness for dispatch has been announced. However, if the Supplier has agreed to carry out installation or assembly services on the Customer's site, the Supplier is obliged to complete the services on time and to hand the works over on the scheduled acceptance date.

5. The delivery period shall be extended accordingly if the non-observance of the delivery period is due to:

- force majeure such as war, terror attacks, rebellion, strike, lockout
- virus attacks or other attacks on the Supplier's IT systems occurring despite appropriate protective measures
- legal hindrances attributable to applicable national (especially German, Swiss and US), EU or international rules of foreign trade law
- non-timely or incorrect delivery to the Supplier
- energy and/or raw material shortage

- carriers' insolvency and/or carriers' capacity bottleneck which could not have been foreseen with the care and diligence of a prudent businessperson
- orders by authorities

or similar unforeseen circumstances for which the Supplier is not responsible.

This also applies if the circumstances occur at the Supplier's suppliers or subcontractors. The same applies in the event of a non-timely self-delivery by suppliers of the Supplier if the Supplier has concluded a congruent hedging transaction and is not obligated to procure in individual cases. The Supplier is also not responsible for the aforementioned circumstances if they occur during a delay that already exists. The Supplier will notify the Customer as soon as possible of the start and end of such obstacles.

6. If, under statutory requirements, the Customer is entitled to compensation due to a delay for which the Supplier is responsible, the Customer is entitled under the exclusion of further claims to demand compensation for delay as liquidated damages. For each full week of delay, the compensation for delay is 0.5%, in total, however, a maximum of 5% of the value of the part of the overall delivery that cannot be used in a timely manner or not in compliance with the contract due to the delay. However, the Supplier reserves the right to prove that the Customer suffered no loss at all or a significantly smaller loss. This Article VI. No. 6 does not apply in cases where the Supplier's liability is not excluded according to Article XI.

7. If the Customer is in arrears with acceptance, the Supplier is entitled

- to invoice the storage costs incurred by the Supplier from the delay in acceptance. In the event of storage at a plant of the Supplier, a lump-sum of 0.125% of the invoice amount applies for each week commenced unless the Customer can prove that the Supplier has incurred less damage;
- to set the Customer an appropriate deadline by which it has to accept the goods. If it does not do so, the Supplier can dispose over the goods otherwise. If a delivery deadline was agreed, this will be replaced by a new appropriate delivery deadline to be agreed.

Any further statutory rights of the Supplier shall remain unaffected.

8. Compliance with the delivery deadline/schedule requires the Customer to comply with its contractual obligations.

VII. Transfer of Risk and Acceptance of Delivery

1. The risk passes to the Customer at latest upon dispatch of the goods ex works. This applies also if the parties have agreed on partial delivery or further services or obligations by the Supplier, such as transportation or payment of shipment costs. If the Supplier is obliged to provide shipment only, the risk passes to the Customer as soon as the goods have been handed over to the carrier. If the Supplier is also obliged to carry out installation and/or assembly works at the Customer's site, the risk passes to the Customer as soon as the Supplier has completed the works and handed them over to the Customer.

2. If the delivery is delayed due to circumstances for which the Customer is responsible, the risk passes to the Customer on the day, on which the relevant goods are ready for dispatch.

3. Delivered goods are to be accepted by the Customer even if they have minor quality defects. The Customer's remedies for quality defects shall remain unaffected.

VIII. Installation and Assembly

These General Terms and Conditions apply mutatis mutandis to any kind of installation or assembly services, unless the Supplier's separate Conditions of Installation and Assembly state otherwise.

IX. Quality Defects of Goods and Services

1. The Customer is obliged to inspect the goods for any defects or for compliance with the agreed product characteristics – if any – immediately upon delivery. The Customer is obliged to notify the Supplier in writing without undue delay, however not later than seven days after delivery, of any apparent defects. Notifications of

latent defects must be given in writing within seven days after discovery of such defects. If the Customer does not comply with the aforementioned conditions, the goods shall be deemed accepted. § 377 HGB (German Commercial Code) shall remain unaffected.

2. The Supplier does not guarantee any product values or product condition, unless such product characteristics have been expressly referred to as "guaranteed product values" or "guaranteed condition" in the order confirmation.

3. The Customer is obliged to give the Supplier an opportunity to investigate the Customer's complaints, in particular to make the defective goods and their packaging available for inspection. Refusal to do so shall release the Supplier from liability for quality defects.

4. The Customer is obliged to give the Supplier an opportunity to rectify (repair or replace) the defective goods within a reasonable period of time.

5. In cases of justified claims for rectification, defective goods shall be, at the Supplier's discretion, repaired or replaced. Replaced defective goods have to be returned to the Supplier. If no remedy (repair or replacement) is possible, if the Supplier refuses to repair or replace the defective goods or if repair or replacement fails or is not carried out within a reasonable deadline set by the Customer due to reasons, for which the Supplier is responsible, the Customer is entitled to rescind the contract or to demand a price reduction. Further remedies for defects shall remain unaffected.

6. In cases of repair and replacement the Supplier shall bear the costs of the replaced goods, including shipping costs and reasonable (dis-) assembly costs – provided the Customer's complaint proves to be justified. The Customer shall bear all other costs incurred by the Customer. Any (dis-)assembly/installation costs or travel expenses resulting from or connected to unjustified defect notifications shall be borne by the Customer. The Customer shall have no claim with respect to expenses incurred in the course of rectification, including costs of travel, transport, labor, and material, to the extent that expenses are increased because the respective goods have subsequently been brought to another location than the Customer's branch office, unless doing so complies with the normal use of the products.

7. There shall be no claims for contract rescission and damages – if any – based on defects in cases of insignificant deviations from the agreed quality or of only minor impairment of usability.

8. All Customer's claims for damages due to quality defects are excluded. This shall not apply to the extent that a defect has been fraudulently concealed, the guaranteed characteristics are not complied with, in the case of loss of life, bodily injury or damage to health, and/or intentionally or grossly negligent breach of contract on the part of the Supplier.

9. Notwithstanding Nos. 7 and 8 above, all claims for defects on the part of the Customer become time-barred one year after the transfer of risk and/or provision of the service. For replacement parts and the subsequent rectification works, the limitation period is twelve months; but it runs at least until the expiry of the original limitation period for the respective goods. The deadline for the liability for defects of the respective goods is extended by the duration of an interruption in operations at the Customer caused by subsequent rectification work. The provisions of this paragraph do not apply if the law pursuant to Sections 438 par. 1 no. 2 of the German Civil Code (BGB) (in particular with regard to buildings and objects for buildings and in rem surrender claims of third parties), in the event of fraudulent intent by the Supplier (pursuant to Section 438 par. 3 of the German Civil Code (BGB), pursuant to Section 479 par. 1 of the German Civil Code (BGB) [right of recourse] or pursuant to Section 634 a par. 1 no. 2 of the German Civil Code (BGB; constructional defects) stipulates longer deadlines.

10. In the event of notification of a defect, the Customer may withhold payments to an amount that is in a reasonable proportion to the defect. The Customer, however, may withhold payments only if its notification of defect has been made in writing and it is justified and incontestable. The Customer has no right to withhold payments to the extent that its

claim of a defect is time-barred (statute of limitations). Unjustified notifications of defects shall entitle the Supplier to demand reimbursement of its expenses by the Customer.

X. Industrial Property Rights; Defects in Title

1. The Supplier shall provide the goods free from third parties' industrial property rights (patents, utility models, designs, copyrights, database rights, rights in trademarks, trade names, invention disclosures) (hereinafter referred to as "IP Rights") with respect to the country of the place of delivery according to Article VI No. 4 only. If the parties have agreed that the goods shall be used in a particular country, the Supplier declares that the goods delivered are free from third parties' IP Rights in this country only. If a third party asserts a justified claim against the Customer based on an infringement of an IP Right by the supplies made by the Supplier and used in conformity with the contract, the Supplier shall be liable to the Customer within the time period stipulated in Article IX No.9 as follows:

- d) The Supplier shall choose whether to acquire, at its own expense, the right to use the IP Rights with respect to the goods concerned or whether to modify the goods such that they no longer infringe the IP Rights or replace them. If this should be impossible for the Supplier under reasonable conditions, the Customer may rescind the contract or demand a price reduction pursuant to the applicable statutory provisions;
- e) The Supplier's liability for damages is governed by Article XI.
- f) The above obligations of the Supplier shall apply only if the Customer immediately notifies the Supplier of any such claim asserted by a third party in written form, does not concede the existence of an infringement to the third party, and leaves any protective measures and settlement negotiations to the Supplier's discretion. If the Customer stops using the goods in order to reduce the damage or for other good reason, it shall be obliged to point out to the third party that no acknowledgement of the alleged infringement may be inferred from the fact that the use has been discontinued.

2. The Customer's claims are excluded if it is responsible for the IP Right infringement.

3. The Customer's claims are also excluded if the IP Right infringement is caused by specifications made by the Customer, by a type of use not foreseeable by the Supplier or by the goods being modified by the Customer or being used together with products not provided by the Supplier.

4. Additionally, with respect to claims by the Customer according to No. 1a) above, Article IX Nos. 4, and 9 apply mutatis mutandis in the event of IP Rights infringement.

5. The provisions of Article IX apply mutatis mutandis to any other defects in title.

6. Any other claims of the Customer against the Supplier or its agents or any such claims exceeding the claims provided for in this Article X, based on a defect in title or IP Rights infringement, are excluded.

XI. Liability

1. The Customer has no claim for damages or for reimbursement of expenses and other costs based on whatever legal reason, including infringement of duties arising in connection with the contract or tort.

This does not apply if liability is based on:

- (a) the German Product Liability Act ("Produkthaftungsgesetz");
- (b) intent;
- (c) gross negligence on the part of the owners, legal representatives or executives, employees and/or other agents ("Erfüllungsgehilfen");
- (d) fraud;
- (e) failure to comply with a guarantee granted;
- (f) negligent injury to life, limb or health; or
- (g) negligent breach of a fundamental condition of contract ("wesentliche Vertragspflichten").

However, claims for damages arising from a breach of a fundamental condition of contract shall be limited to the foreseeable damage which is intrinsic to the contract, provided that no other of the above case applies.

2. The Supplier is not liable for defects of appliances and devices which do not comply with the VDE regulations and which are manufactured on the Customer's special request.

This does not apply if liability is based on:

- (a) the German Product Liability Act ("Produkthaftungsgesetz");
- (b) intent;
- (c) gross negligence on the part of the owners, legal representatives or executives, employees and/or other agents ("Erfüllungsgehilfen");
- (d) fraud;
- (e) failure to comply with a guarantee granted;
- (f) negligent injury to life, limb or health; or
- (g) negligent breach of a fundamental condition of contract ("wesentliche Vertragspflichten").

However, claims for damages arising from a breach of a fundamental condition of contract shall be limited to the foreseeable damage which is intrinsic to the contract, provided that no other of the above case applies.

3. The Supplier is not liable for damages caused by natural wear and tear or resulting from non-observance of the Supplier's instructions (in particular, the instruction that HV products need to be installed by certified jointers holding a valid PFISTERER installation certificate), unsuitable or improper use, faulty or negligent handling, excessive strain, unsuitable equipment, defective civil works, inappropriate foundation soil, inappropriate installation, assembly or commissioning by the Customer or third parties, modifications carried out by the Customer or third parties, on defects resulting from non-reproducible software errors, chemical, electro-chemical, electrical or other external influences which are not assumed under the contract.

4. The provisions of this Article XI apply mutatis mutandis to Customer's direct claims against the Supplier's legal representatives or agents („Erfüllungsgehilfen“).

3. Any other claims of the Customer against the Supplier or its agents or any such claims exceeding the claims provided for in this Article XI, based on a defect in quality, are excluded.

XII. Rescission of Contract, Impossibility of Performance

1. If it comes to the Supplier's knowledge after conclusion of the purchase contract that an attempted seizure of the Customer's assets was unsuccessful or if the Supplier obtains information of equal concern that the Customer's assets have deteriorated, the Supplier is entitled to demand securities or to rescind the contract and charge the Customer for the expenses the Supplier incurred.

Any further statutory rights of the Supplier remain unaffected.

2. Where events which could not have been foreseen with the care and diligence of a prudent businessperson substantially change the economic importance or the contents of the supplies or considerably affect the performance of contract by the Supplier, or if the performance of the contract shall become totally or partially impossible, the contract shall be adapted reasonably. To the extent this is not justifiable for economic reasons, the Supplier shall have the right to rescind the contract. If the Supplier intends to exercise its right to rescind the contract, it shall notify the Customer thereof without undue delay after having realized the repercussions of the event; this shall also apply even where an extension of the delivery period has previously been agreed with the Customer. Upon rescission of contract the Customer shall pay to the Supplier the value of the delivered goods and/or already provided services. The Customer's claims for damages or reimbursement of expenses and other costs incurred by the Customer are excluded.

3. To the extent that delivery is impossible, the Customer is entitled to claim damages, unless the Supplier is not responsible for the impossibility. The Customer's claim for damages is, however, limited to an amount of 10 % of the value of the part of the goods which, owing to the impossibility, cannot be put to the intended use. This limitation shall not apply in the case of liability based on intent, gross negligence, death or personal injury; this does not imply a change in the burden of

proof to the detriment of the Customer. The Customer's right to rescind the contract shall remain unaffected.

XIII. Retention of Title

1. The Supplier retains title to all goods delivered until the full payment of the purchase price and all outstanding amounts resulting from the business relationship.

2. The Customer is entitled to resale in the usual course of business. For the event of further assignment of the goods, the Customer already now assigns all claims against the purchaser to the Supplier. The Supplier accepts these assignments. If the retained goods are sold on together with other items and no individual price has been agreed with respect to the retained goods, the Customer shall assign to the Supplier such fraction of the total price claim as is attributable to the price of the retained goods invoiced by the Supplier.

3. If payment is made by cheque or bill of exchange, the Supplier retains title to the goods until the cheque has been cashed or until the expiry of liability on the part of the Supplier arising from the bill of exchange including a claim to bill of exchange enrichment.

4. The pledging or assignment as security of goods subject to retention of title is not permitted; in the event of pledging, seizure or similar interventions by third parties, the Supplier is to be notified immediately. If a reasonable interest can be proven, the Customer shall, without undue delay, provide the Supplier with the information and/or documents necessary to assert the claims it has against third parties.

5. Neither the filing of retention of title nor the pledging of goods by the Supplier is deemed to be a rescission or termination of the contract.

6. The Supplier undertakes, at the Customer's request, to release the securities to which the Supplier is entitled pursuant to clauses XIII No. 1 and XIII No. 2 if their realizable value exceeds the receivables to be secured by 10 %. The Supplier shall be entitled to choose which security interest it wishes to release.

7. In the event of default in payment, the Customer is obliged to surrender the goods subject to retention of title, even if the Supplier does not rescind or terminate the contract. For this case, the Customer hereby permits the Supplier irrevocably to collect the goods under retention of title immediately and to enter its business and warehouse premises without hindrance for this purpose. After taking back the goods under retention of title, the Supplier is entitled to utilize them as it so wishes. The proceeds from utilization shall be credited to the liability of the Customer less appropriate utilization costs.

XIV. Conditional Performance

1. The performance of this contract is conditional upon that no hindrances attributable to applicable national (especially German, Swiss or US), EU or international rules of foreign trade law or any embargos or other sanctions exist.

2. The Customer shall provide any information and documents required for export, shipment and import purposes.

XV. Jurisdiction and Venue

If the Customer is a businessperson or a legal entity/special fund under public law, the sole jurisdiction and venue for all disputes arising directly or indirectly out of the contract shall be the Supplier's place of business. This also applies for international transactions. However, the Supplier may also bring an action at the Customer's place of business.

XVI. Applicable Law

The parties expressly agree that the contract is subject to German law. However, the application of the Convention on Contracts for the International Sale of Goods dated April 11, 1980 (CISG) is excluded.

XVII. Severability

The legal invalidity of one or more provisions of these Terms and Conditions in no way affects the validity of the remaining provisions. This shall not apply if compliance with this severability clause would result in unreasonable hardship for one of the parties to be obligated to continue the contract.